



**Einladung zu einem Pressegespräch**  
am Samstag, 2. Oktober 2004 um 14:00 Uhr  
im Türkisch-Islamischen Zentrum München, Schanzenbachstraße 1 (U-Bahnstation  
Brudermühlstraße), Telefon: 089/7213290

### Erklärung der Religionen in Deutschland: „Religion ist öffentlich“

Angesichts des Streites um das Kopftuch wird die Frage aufgeworfen, wie viel Religion verträgt unsere Gesellschaft? Wie weit dürfen sich Religionsgemeinschaften mit ihren Bekenntnissen der Öffentlichkeit präsentieren? Anlässlich des Tages der Deutschen Einheit wird zur Thematik „Religion ist öffentlich“ eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht.

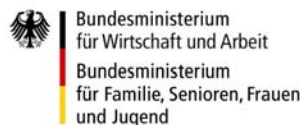
Die Erklärung ist unterzeichnet von *Dr. Henry G. Brandt*, Zentralrat der Juden in Deutschland, *Dr. Nadeem Elyas*, Zentralrat der Muslime in Deutschland, *Prof. Dr. Ingo Hofmann*, Nationaler Geistiger Rat der Baha'i in Deutschland, *Prof. Dr. Johannes Lähnemann*, Religionen für den Frieden, *Dr. Jürgen Micksch*, Interkultureller Rat in Deutschland, *Barbara Rudolph*, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland und *Dr. Alfred Weil*, Deutsche Buddhistische Union.

Bei dem Pressegespräch im Türkisch-Islamischen Zentrum München wird die gemeinsame Erklärung vorgestellt. Die meisten der genannten Unterzeichnenden werden dabei anwesend sein.

Anlässlich des Tages der Deutschen Einheit findet am gleichen Tag um 17:00 Uhr im Türkisch-Islamischen Zentrum München eine Interreligiöse Feier zum Thema „Religion ist öffentlich“ statt, bei der Vertreter der großen Religionsgemeinschaften in Deutschland mitwirken. Hauptrednerin zur Thematik ist Prof. Dr. Rita Süßmuth. Die Veranstaltung wird gemeinsam durchgeführt mit dem Ausländerbeirat der Stadt München, der Evangelischen Stadtakademie München, dem Münchener Bildungswerk, der Ökumenischen Kontaktstelle der Erzdiözese München und dem Türkisch-Islamischen Zentrum München.

Zum Pressegespräch und zur Interreligiösen Feier sind Vertreter der Medien herzlich eingeladen.

Dr. Jürgen Micksch  
- Vorsitzender des Interkulturellen Rates -



Gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und durch das Bundesministerium des Innern